



«Wir entscheiden an der Urne über eine Hornkuhinitiative. Da kann man auch gut über gesellschaftliche Veränderung entscheiden.»

Karin Keller-Sutter
Justizministerin, 2021



«Wer in Deutschland oder Frankreich lebt, sieht, dass man politisch engagiert sein kann, auch ohne sich über die französischen Kuhhörner auszusprechen.»

Thomas Maissen
Historiker, 2019



«Noch nie, nicht einmal bei den Hornkuh-Subventionen, schien mir eine Volksinitiative formal dermassen übers Ziel hinauszuschiessen.»

Andrea Caroni
Ausserrhoder Ständerat, 2019

Die Krux mit den Kuhhörnern

Peinlicher Tiefpunkt oder gelebte direkte Demokratie? Über die erstaunlichen Nachwirkungen einer Abstimmung – auch drei Jahre danach.

Sven Allematt

Auch sie tut es. Die Justizministerin erklärt den Wert der Schweizer Demokratie mit Kuhhörnern. FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter findet es gut, dass das Volk bei der «Ehe für alle» das letzte Wort hat. Denn, so bemerkte sie in einem Interview mit der NZZ leicht spötelnd: «Wir entscheiden an der Urne über eine Hornkuhinitiative. Da kann man auch gut über gesellschaftliche Veränderung entscheiden.»

Weil konservative Kreise das Referendum ergriffen haben, befinden nun die Stimmbürger über die Vorlage. Manche stört auch – oder allein – der Umstand, dass die «Ehe für alle» auf dem Gesetzesweg eingeführt werden soll. Im vergangenen Winter, als sich der Ständerat mal wieder in verfassungsrechtliche Aspekte vertiefte, ergriff nach zähen Detailberatungen der Walliser Christlichdemokrat Beat Rieder das Wort. Man bemühe die Volkssouveränität oftmals für weit weniger Wichtiges, mahnte er. «Wir können es uns sogar erlauben, über belächelte Themen wie jenes der Hornkuhinitiative abstimmen zu lassen.» Obacht, lautete Rieders Botschaft, hier geht es um Tiefgreifendes.

Bald drei Jahre ist es her, seit das Schweizer Stimmvolk mit 54,7 Prozent die sogenannte Hornkuhinitiative ablehnte. Für Armin Capaul, der die Initiative quasi im Alleingang lanciert hatte, war es ein Achtungserfolg. Der Bergbauer kämpfte gegen die Praxis, Kälbern die Anlagen für Hörner wegzubrennen, um die Verletzungsgefahr zu verringern. Bauern sollten mit Sub-

ventionen belohnt werden, wenn sie ihren Tieren die Hörner lassen.

Das Vorhaben schlug Wellen in den internationalen Medien – wie immer, wenn die Schweizerinnen und Schweizer wegen eines scheinbar unbedeutenden oder kuriosen Themas eine Verfassungsabstimmung abhalten. Autofreie Sonntage, Velowege und mehr Ferientage heissen die Stichworte dazu.

Nie aber waren die Nachwirkungen so gross und so anhaltend wie bei der Hornkuhinitiative; keinesfalls wegen ihres Inhalts. Die Vorlage wurde zur Chiffre in der Schweizer Demokratie, «Kuhhörner» und «Hornkuh» zu geflügelten Wörtern. Sie müssen für vieles herhalten. Für die einen war die Abstimmung der maximale Ausdrucksdruck gelebter direkter Demokratie, für die anderen deren peinlicher Tiefpunkt. Von einem «Höhepunkt in Sachen Verfassungsunwürdigkeit» sprach die NZZ jüngst.

Die Hörner relativieren andere Themen

Allenthalben wird «gekuhhornt». Beispiel Europapolitik: Nachdem der Bundesrat die Verhandlungen über das EU-Rahmenabkommen für gescheitert erklärt hatte, forderten dessen Befürworter breitere Mitsprache. Der Vertragstext gehöre ins Parlament und vors Volk. Nicht nur die deutsche Wochenzeitung «Die Zeit» erinnerte süffisant daran, dass die Schweizer Stimmbürger ansonsten allerhand entscheiden können; «auch gerne mal über ein Verhüllungsverbot oder die Frage, ob Kühe Hörner tragen sollen».

Noch ein Beispiel: In der zweiten Coronawelle wurde die Debatte um die Massnahmen besonders erbittert geführt. Skeptiker aus der Schweiz referenzierten da gerne mal auf die Kuhhörner. Über solche dürfe «der Souverän» zwar abstimmen, so energierte sich ein Twitterer noch Anfang Jahr, «aber zu Coronamassnahmen und deren Abfederung

tie habe sich relativiert, antwortete er – und verwies auf die Hornkuhinitiative: «Wer in Deutschland oder Frankreich lebt, sieht, dass man politisch engagiert sein kann, auch ohne sich über die französischen Kuhhörner auszusprechen.»

Von Vorlagen, die erst recht verfassungsunwürdig sind

Tatsächlich hat die Initiative zumindest im nahen Ausland ihre Spuren hinterlassen; wobei Me-

dien durchaus in aufrichtiger Sorge und nicht nur mit der Lust für Abwegiges berichtet haben. So blickte der «Deutschlandfunk» auf die Vorlage und ging der Frage nach, ob die Themen von Volksabstimmungen in der Schweiz immer kleinteiliger werden (mit dem Fazit, dass sie dies schon früher waren).

Manchmal immerhin kann sich die Hornkuhinitiative ihre Wür-

de zurückholen. Dann nämlich, wenn sie zum Fanal wird für ein Anliegen, das vermeintlich noch verfassungsunwürdiger ist. Anschauungsunterricht dafür lieferte FDP-Ständerat Andrea Caroni 2019. Eine Initiative wollte damals den «CH»-Kleber auf Autos abschaffen und ins Kontrollschild integrieren.

Aber dafür gleich die Verfassung ändern? Caroni graute allein der Gedanke daran. Also trug er das Anliegen kurzerhand ins Parlament. Schliesslich signalisierte der Bundesrat seine Zustimmung. Die Warnung des Ausserrhoders kam an: «Noch nie, nicht einmal bei den Hornkuh-Subventionen, schien mir eine Volksinitiative formal dermassen übers Ziel hinauszuschiessen.»



Bild: Bruno Kissling

Nach Intensivstation: Peter Hegglin hatte das Virus unterschätzt

Der Zuger Ständerat lag zwölf Tage wegen Corona im Spital. Er hat seine kritische Haltung überdacht und empfiehlt nun die Impfung.

Eigentlich stand ein Freudentag an. Am 12. Juni wollte die Tochter des Zuger Ständerates Peter Hegglin (Die Mitte) heiraten. Doch dann verlor der 60-jährige Brautvater beim Rasieren das Gleichgewicht. Er hatte Fieber und fühlte sich schwach.

Ein Schnelltest zeigte an: Es ist Corona. Er begab sich ins Spital, sein Zustand verschlechter-

te sich. Hegglin wurde auf die Intensivstation verlegt, wo er sechs Tage verbrachte. Zwei Schläuche leiteten Sauerstoff in seine Nase. Erst am 23. Juni kommt er wieder nach Hause.

Die Impfung verhindert in den allermeisten Fällen einen schweren Verlauf. Doch Hegglin hatte sich nicht impfen lassen. Im Gespräch äussert er verschie-

dene Gründe: «Für mich hatte die Sache einfach keine Priorität.» Er war fälschlicherweise davon ausgegangen, sich schon letztes Jahr mit Corona infiziert zu haben.

Zudem unterschätzte Hegglin das Virus und überschätzte seine Abwehrkräfte. «Das Virus ist heftig. Ich ging davon aus, dass ein gesundes Abwehrsys-

tem mit dem Virus fertig wird. Ich musste feststellen: Es kann auch mich treffen.»

Die Maskenpflicht soll bleiben

Hegglin empfiehlt nun die Impfung. Es solle aber niemand dazu gezwungen werden. Der Zuger Ständerat hatte sich in der Vergangenheit kritisch zu

einzelnen Coronamassnahmen geäussert. Heute sagt er: «Was wir jetzt sicher nicht tun sollten, ist leichtfertig Massnahmen wie die Maskenpflicht in Zügen und Läden aufzuheben.»

Ihn störten die Bilder der Fussballeuropameisterschaft. «Das war kein gutes Zeichen. Wir sollten weiterhin vorsichtig sein und Respekt vor dem Virus

haben», sagt Hegglin. Die Hochzeit seiner Tochter wurde mittlerweile nachgeholt. (rit)



Der Zuger Mitte-Ständerat Peter Hegglin ist im Juni an Corona erkrankt. Bild: KEY